**Thesen zum Ausgang der Bundestagswahl 2013**

Richard Stöss

(Berlin, Ende September 2013)

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 lässt sich (abgesehen von der *Kandidatenpräferenz*) nicht mehr hinreichend mit den als maßgeblich geltenden Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens erklären. Die *Identifikation mit einzelnen Parteien* spielt nur noch eine marginale Rolle, und vom *sozialen Status* kann kaum noch auf die Wahlabsicht geschlossen werden. Beispielsweise sagt das Merkmal „Gewerkschaftsmitgliedschaft“ nichts mehr über die Parteipräferenz aus: So entschieden sich bei der Bundestagswahl nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen (die die Umfragedaten für das ZDF erhebt) 32 Prozent für die Unionsparteien, 36 Prozent für die SPD, elf Prozent für die Linkspartei und acht Prozent für die Grünen. Weiterhin bestehen bei den wichtigen *politischen Sachfragen* so gut wie keine Unterschiede mehr zwischen den etablierten Parteien: Alle wollen die Energiewende, den Abbau der Staatsverschuldung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Erhöhung des Kindergeldes, Mindestlöhne, Mietobergrenzen, Maßnahmen gegen Altersarmut etc. – und dies alles bei Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Schließlich trennen auch *Wertorientierungen* nicht mehr zwischen den aussichtsreichen Parteien: Als Beispiel sei nur die soziale Gerechtigkeit genannt, die mittlerweile von allen Parteien, selbst von der FDP, propagiert wird.

Die Konkurrenz zwischen den Parlamentsparteien erstreckt sich bei gesellschaftsgestaltenden Konzepten und bei politischen Sachfragen nur noch auf „valence issues“ (mehr oder weniger, stark oder schwach), „position issues“ (pro/contra, ja/nein) existieren nicht mehr. Und die Debatten darüber, wie ein bestimmtes Ziel, etwa soziale Gerechtigkeit, erreicht werden, wie eine bestimmte Maßnahme, beispielsweise Mindestrenten, dimensioniert werden soll, erschließen sich im Detail zumeist nur wenigen Experten, oft nicht einmal allen Parlamentariern, die darüber entscheiden, und schon gar nicht dem „normalen Bürger“. Wegen ihrer Komplexität sind „valence issues“ schwer zu beurteilen und daher als Entscheidungshilfe für die Wähler ungeeignet. Zugespitzt formuliert: Weil es den etablierten Parteien an Profil und dem Parteiensystem an Polarisierung mangelte, fiel den Bürgern die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl und den Meinungsforschungsinstituten die Voraussage dieser Entscheidung so unsäglich schwer. Immer wieder zu vernehmen war die Aussage: „Man weiß nicht wen man wählen soll, weil es egal ist wen man wählt“. So glaubte nach einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen über die Hälfte der Befragten im März 2013 nicht, dass es nach einem Machtwechsel zugunsten von Rot-Grün sozial gerechter zugehen würde als unter der bestehenden Regierung aus CDU/CSU und FDP (Grafik 1). Charakteristisch dafür war auch die Tatsache, dass sich die meisten Befragten vor der Wahl für eine große Koalition aussprachen.

**Die politische Stimmung war wahlentscheidend**

Damit stellt sich die Frage, wovon die Bürger ihre Entscheidung bei der Bundestagswahl 2013 abhängig gemacht haben, wenn nicht von den altbekannten Motiven für das Wahlverhalten? Meine These lautet: von *politischen Stimmungen*. Fraglos gab es auch schon früher Wahlentscheidungen nach Stimmungslage. Bei der vergangenen Bundestagswahl waren politische Stimmungen meiner Meinung nach aber ausschlaggebend.

Bei Stimmungen handelt es sich um situationsbezogene Gefühlszustände. Sie beeinflussen die Wahrnehmung der Umwelt und damit auch die Verarbeitung von Informationen. In der Werbepsychologie wird die Auffassung vertreten, dass „Individuen bei guter Stimmung häufiger auf periphere Hinweisreize vertrauen und Argumente weniger umsichtig prüfen, während sich Individuen bei schlechter Stimmung mit Informationen elaboriert auseinandersetzen“. Gute Stimmung signalisiere, „dass eine tiefe Verarbeitung der einkommenden Information nicht notwendig ist, da im Prinzip alles o.k. zu sein scheint“ (www.werbepsychologie-online.de/html/stimmung.html).

Dies führt zurück zu der These, dass die Bürger ihr Wahlverhalten nicht mehr auf politische Werte oder Sachfragen gründen können, weil sich die etablierten Parteien darin nur um Nuancen unterscheiden. Beim Wahlverhalten nach Gefühlslage – unabhängig von Wahlteilnahme oder Wahlabstinenz - handelt es sich mithin um eine fast schon zwangsläufige Reaktion auf das unspezifische programmatische Angebot der maßgeblichen Parteien. Daher orientieren sich Gefühlswähler auch eher an Personen als an Programmen. Und weil sie dazu neigen, sich in gute Stimmung zu versetzen, tendieren sie dazu, sich die Wirklichkeit schöner zu reden als sie tatsächlich ist.

Ein Beispiel: Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und der allgemeinen bzw. eigenen wirtschaftlichen Lage fiel nach Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen 2013 wesentlich besser aus als im Bundestagswahljahr 2009 (Grafiken 2 bis 4). In den vergangenen 12 Monaten ist der Wirtschaftsoptimismus stark angestiegen. Waren im September 2012 noch 35 Prozent der Befragten der Meinung, dass es mit der Wirtschaft abwärts geht, glaubten das Anfang September 2013 nur noch 16 Prozent. Umgekehrt wuchs in diesem Zeitraum der Anteil derjenigen, die mit einer Aufwärtsentwicklung rechneten, von 15 Prozent auf 25 Prozent. Die überwiegende Mehrheit erwartete keine Veränderung. Folglich wurde auch die allgemeine wirtschaftliche Lage Anfang September diesen Jahres sehr positiv bewertet: 44 Prozent hielten sie für gut und nur neun Prozent für schlecht („teils-teils“ 46%). Die eigene wirtschaftliche Lage wurde zu diesem Zeitpunkt sogar von 57 Prozent der Befragen als gut bezeichnet und nur ebenfalls neun Prozent hielten die eigene wirtschaftliche Lage für schlecht („teils-teils“ 34%). Dass nur knapp jeder zehnte Bürger seine wirtschaftliche Situation pessimistisch beurteilte, deckt sich kaum mit der tatsächlichen Situation: So sind derzeit etwa 12 Millionen Personen von Armut bedroht, sechs Millionen beziehen Hartz IV, bei knapp einer Million Erwerbstätigen handelt es sich um „Hartz IV-Aufstocker“, obwohl sie keiner geringfügigen Beschäftigung nachgehen, und – um ein weiteres Beispiel zu nennen - anderthalb Millionen Kinder müssen mit Hartz IV-Sätzen zurechtkommen.

**Die politische Stimmung begünstigte Angela Merkel**

Diese optimistische Grundstimmung verdrängte offenbar gegenläufige Informationen oder auch kritische Einstellungen wie etwa Politik- und Parteiverdrossenheit. Vorrangig war das Bedürfnis nach Kontinuität und Sicherheit. Der Slogan „Weiter so!“ entsprach dieser Gemütslage eher als die Unsicherheit verbreitende Ankündigung von sozialem und politischem Wandel. Nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen bescheinigten bis zu über 80 Prozent der Befragten der Bundeskanzlerin über lange Zeit hinweg, dass sie ihre Sache als Regierungschefin insgesamt gut macht (Grafik 5). Daher schnitt sie bei der Kandidatenpräferenz auch deutlich besser ab als Peer Steinbrück. Und bei der Wahlentscheidung für die Union hatte die Kandidatenpräferenz eine ungleich größere Bedeutung als bei der Wahlentscheidung zugunsten der übrigen Parteien (infratest dimap Wahltagsbefragung für die ARD).

Da es sich bei politischen Stimmungen um situationsbezogene Gefühlszustände handelt, sind sie stark von politischen Ereignissen geprägt, die in großer Fülle und rascher Folge auf die Individuen einwirken. So variiert die von der Forschungsgruppe Wahlen gemessene „politische Stimmung“[[1]](#footnote-1)\*) bei allen berücksichtigten Parteien deutlich von Befragungszeitpunkt zu Befragungszeitpunkt. Sie ist offenbar stark von politischen Begebenheiten und Entwicklungen abhängig (Grafiken 5 und 6). So verbesserten sich die Werte für die SPD deutlich nach den für sie erfolgreichen Landtagswahlen in Hamburg (Februar 2011), Nordrhein-Westfalen (Mai 2012) und Niedersachsen (Januar 2013), waren bald danach aber wieder rückläufig. Und die Grünen erlebten anlässlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (jeweils März 2011), die unter dem Eindruck der Fukushima-Katastrophe stattfanden, einen kometenhaften Aufstieg. Sie büßten aber wieder in dem Maß an Zuspruch ein, wie das Atomthema infolge der angekündigten Energiewende an Brisanz verlor.

Allerdings wird nicht jedes Ereignis zu einer Nachricht. Über die Auswahl von berichtenswerten Ereignissen und über die Art und Weise der Berichterstattung befinden die Medien. Dabei ist nicht nur der Nachrichtenwert eines Ereignisses von Bedeutung. Wirkungsmächtig sind auch die Einstellungen und Wertorientierungen der verantwortlichen Redakteure und gegebenenfalls die politische Tendenz des Mediums. Die politische Stimmung der Wähler ist also weithin abhängig von der Medienberichterstattung, sie wird oft sogar als Produkt der Medienberichterstattung betrachtet.

**Risiken eines Stimmungswahlkampfs**

Die Wahlkampfkommunikation der etablierten Parteien ist mittlerweile fast vollständig auf die Stimmungswähler ausgerichtet, die Pflege von Stammwählern und die Festigung von Parteibindungen gelten bestenfalls als nachrangig. Und weil die Stimmungswähler von den Parteien realistischerweise als flexibel, volatil, entscheidungsträge und stark von der Medienberichterstattung beeinflusst angesehen werden, folgt die Wahlkampfkommunikation weithin der Medienlogik. Sie wird von Politstrategen gemanagt, denen es im Interesse des Machterwerbs („Opposition ist Mist“) vor allem um Stimmenmaximierung geht. Sie setzen dabei vorrangig auf symbolische Politik, Inszenierungen und Ereignismanagement und scheuen deutliche inhaltliche Positionierungen, um ja keine potenziellen Adressaten zu vergraulen.

Die Parteien übersehen dabei, dass das Wahlverhalten nach Gefühlslage eine Reaktion auf ihr unspezifisches programmatisches Angebot darstellt, also gewissermaßen aus der Not geboren ist und keineswegs den Grundbedürfnissen der meisten Wähler entspricht. Die Fixierung auf die Stimmungswähler birgt daher enorme Risiken für die Wahlkampfkommunikation: Pleiten, Pech und Pannen und erst recht Skandale haben insbesondere im Zusammenhang mit Spitzenpolitikern einen großen Nachrichtenwert. Dies musste vor allem die SPD erfahren, während der dröge Wahlkampf der Union nahezu perfekt auf die Grundstimmung der Bevölkerung zugeschnitten war und kaum Angriffspunkte bot. Der Wahlkampfstrategie der SPD mangelte es dagegen häufig an Professionalität. Schon der Beginn war verunglückt: Anstatt die Inauguration des Spitzenkandidaten gut vorzubereiten und dann als Medienereignis zu zelebrieren, war Peer Steinbrück plötzlich da, weil er nach dem Verzicht von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel übriggeblieben war. Dass der Spitzenkandidat auch finanziell, mit qualifiziertem Personal und räumlich gut auszustatten ist, erschloss sich der SPD-Führung erst danach. Viele der von den Medien breitgetretenen Startschwierigkeiten hätten bei gründlicher Vorbereitung der Kandidatur vermieden werden können. Dass sich die Umfragewerte von CDU/CSU und SPD seit Mitte 2012 immer weiter auseinander entwickelten (Grafik 5), war sicherlich nicht nur durch die große Zufriedenheit mit der Arbeit von Angela Merkel bedingt sondern auch durch die schlechte Performanz von Peer Steinbrück.

Als empfindliche Schwäche des SPD-Wahlkampfs ist weiterhin die fehlende Machtperspektive zu nennen. Wer einen Machtwechsel anstrebt muss plausibel darlegen, wie dieser erreicht werden soll bzw. kann. Eine rot-grüne Mehrheit war jedoch nach Lage der Dinge völlig utopisch. Diese Kombination hatte bei Bundestagswahlen seit 1990 gegenüber Schwarz-Gelb nur zwei Mal die Nase vorn: 1998 und 2002. 2009 betrug der Abstand zwischen beiden Formationen sage und schreibe 14,7 Prozentpunkte (Grafik 7). Legt man die Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen in der vergangenen Legislaturperiode zugrunde, dann erreichten SPD und Grüne gemeinsam nur zwischen Juni 2010 und Dezember 2011 in der „politische Stimmung“ die 50-Prozent-Marke. Danach ging es kontinuierlich abwärts, bis auf 36 Prozent Anfang September 2013 (Grafik 8). Bei der Bundestagswahl 2013[[2]](#footnote-2)\*) waren es dann nur noch 34 Prozent.

In einem stark personalisierten Wahlkampf, bei dem die Amtsinhaberin allgemein als sehr populäre und extrem erfolgreiche Politikerin gilt, muss der Herausforderer zwangsläufig scheitern, wenn es ihm nicht gelingt, die Massenmedien davon zu überzeugen, dass eine realistische Chance für einen Machtwechsel besteht. Dies ist Peer Steinbrück nicht gelungen, und das konnte ihm wohl auch nicht gelingen. Denn rein rechnerisch wäre ein Machtwechsel allenfalls unter Einbeziehung der Linkspartei möglich gewesen, was allerdings nicht intendiert war. Rot-Rot-Grün hatte zwar 2009 seine Mehrheit gegenüber Schwarz-Gelb verloren (45,6% zu 48,4%) (Grafik 9), in Folge des Scheiterns von FDP und AfD an der Sperrklausel erreichte das „Linke Lager“ bei der Bundestagswahl 2013 immerhin einen hauchdünnen Vorsprung: 42,7 Prozent gegenüber 41,5 Prozent der CDU/CSU. Der fehlen allerdings nur fünf Bundestagsmandate zur absoluten Mehrheit.

**Fazit**

Bei der Wahlentscheidung spielten politische Stimmungen eine maßgebliche Rolle. Das Wahlverhalten nach Gemütslage war eine durchaus verständliche Reaktion auf die Profillosigkeit der etablierten Parteien und die fehlend Polarisierung im Parteiensystem. Da sich Gefühlswähler eher an Personen als an Programmen orientieren und sich vorzugsweise in positive Stimmungen versetzen, begaben sie sich zumeist außerordentlich zufrieden und optimistisch an die Wahlurnen, entschieden sich für ein „Weiter so“ und die (vermeintliche) Garantin für Stabilität und Kontinuität. Der Herausforderer war unter diesen Bedingungen chancenlos, zumal er weder für eine deutliche inhaltliche Alternative stand noch über eine realistische Machtperspektive verfügte. Im Ergebnis haben wir es mit einer kuriosen Situation zu tun: Die Regierung hat keine Mehrheit mehr, kann aber von der Opposition nicht abgelöst werden, weil diese dreigeteilt und uneinig ist. Damit ist ein wesentliches Merkmal demokratischer Systeme, nämlich das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition, außer Kraft gesetzt. Nur bei einer Minderheitsregierung der CDU/CSU hätten die drei Parteien links der Mitte die Chance, sich Schritt für Schritt bis zur nächsten Bundestagswahl zusammenzuraufen und damit die Voraussetzung für einen Machtwechsel 2017 zu schaffen. Wenn allerdings eine der gegenwärtigen drei Oppositionsparteien der Union als Koalitionspartner den Machterhalt sichert, wäre auch diese Chance vertan.

**Anschrift des Verfassers**

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Ihnestr. 21, 14195 Berlin

Tel.: (030) 838-54959

E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

**Anhang**

















1. **\*** Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet vernünftigerweise zwischen der „politischen Stimmung“ und der „Projektion“. Die „politische Stimmung“ gibt die Parteipräferenzen zum Befragungszeitpunkt wider. Bei der „Projektion“ (auf die Wahlabsicht bei einer fiktiven Wahl am „nächsten Sonntag“) werden die Daten der „politischen Stimmung“ unter Berücksichtigung von längerfristigen Grundüberzeugungen und taktischen Überlegungen der Wähler gewichtet. [↑](#footnote-ref-1)
2. **\*** Da bei Fertigstellung des Manuskripts das amtliche Endergebnis noch nicht vorlag, beruhen die Angaben zur Bundestagswahl 2013 auf dem vorläufigen amtlichen Endergebnis. [↑](#footnote-ref-2)